AUS DEM NETZ 02.05.2014

Drama an Syriens Nordgrenze

Die International Crisis Group über die Flüchtlingskrise in der Türkei.

Während der Blick der Weltöffentlichkeit auf die Krise in der Ukraine gerichtet ist, ist ein seit drei Jahren anhaltender Brandherd noch lange nicht erloschen: Der Bürgerkrieg in Syrien fordert täglich neue Opfer und hat gewaltige Auswirkungen für die Nachbarländer (siehe dazu auch unser Interview mit dem ehemaligen libanesischen Premierminister Najib Mikati). Die *International Crisis Group* (ICG) schildert in ihrem Bericht "The Rising Costs of Turkey's Syrian Quagmire" die Belastungen, die der Ansturm an Flüchtlingen in der Türkei hervorruft, und liefert mögliche Lösungsansätze.

Die Strapazen für die Türkei sind enorm. Laut ICG haben seit Beginn der Eskalation mindestens 720 000 syrische Flüchtlinge die Grenze zur Türkei überschritten. Täglich kommen weitere dazu. Bereits über 75 Türken mussten durch übergreifende Konflikte im Grenzgebiet ihr Leben lassen. Die Kapazitäten zur Beherbergung der Flüchtlingen sind ausgereizt. Die große Zahl an hilfsbedürftigen Syrern belastet die lokale Infrastruktur und führt zu sozialen Spannungen. So ist es kaum verwunderlich, dass die „Open-Door-Policy" der türkischen Regierung in der türkischen Bevölkerung höchst unpopulär ist.

Die ICG fordert die internationale Gemeinschaft (aber auch die türkische Regierung) zum Handeln auf: „Die Türkei braucht eine umfassende Versorgungsstategie, um mit dem Zustrom der Flüchtlinge fertig zu werden, aber sie sollte nicht alleine dafür aufkommen müssen", meint Didem Collinsworth, Türkei- und Zypernanalyst der Organisation.

Ankara müsse zunächst zusammen mit der internationalen Gemeinschaft einen Plan zur Unterbringung der Flüchtlinge entwerfen. Durch internationale Spenden müssen neue Unterkünfte gebaut werden und Mietgutscheine für die Flüchtlinge finanziert werden. Dafür müsste sich die Türkei weiter für internationale Unterstützung öffnen und bestehende bürokratische Hürden für NGOs abbauen. Des Weiteren sollte die Türkei die Flüchtlinge mit einheitlichen Identitätspapieren und

Arbeitserlaubnissen ausstatten sowie Ihnen Zugang zu Sozialleistungen und vor allem Bildungseinrichtungen gewähren.

Die EU wird aufgefordert, weit mehr syrischen Flüchtlingen temporären Schutz zu gewähren und sie nicht in Nachbarländer wie die Türkei abzuschieben. Ziel muss sein, jedem Syrer, der sein kriegsgeschundenes Heimatland verlassen will, eine Zuflucht zu bieten. Ohne verstärkte (finanzielle und logistische) Hilfe der internationalen Gemeinschaft und weiteren Anstrengungen der türkischen Regierung ist dies kaum zu erreichen.

Um zur Lösung des Konflikts beizutragen, solle die AKP-regierte Türkei ihre Außenpolitik mehr an ethnischer und konfessioneller Neutralität ausrichten und auch mit regionalen Rivalen wie dem schiitischen Iran zusammenarbeiten, meint der stellvertretende Direktor für Europa und Zentralasien des ICG, Hugh Pope. Das „unberechenbare Niemandsland" in Nordsyrien sei weiterhin eine Brutstätte der Gewalt: „Die Türkei muss seine Grenze besser kontrollieren, Null-Toleranz gegenüber *jihadistischen* Vergehen zeigen und eine politische Kompromisslösung anstreben", so Pope.

Eine Kurzversion des Reports in englischer Sprache finden Sie hier. Der vollständige Bericht der ICG ist unter diesem Link einsehbar.
